

■ Die neuen Bewegungen bilden somit das autoritäre Ende eines postmaterialistischen politischen Spektrums, bei dem auf dem anderen Ende liberale postmaterialistische Bewegungen wie die Grünen stehen.

sind, die normalen politischen Pathologien in jeder Bevölkerung zu anzuregen und auszubauen.

Das rassistische Drittel

Die Frage, wie verbreitet die Gruppe jener für populistische Ideen anfällige Menschen ist, kann nicht klar beantwortet werden. Die Spezialumfrage im Rahmen der Eurobarometer Serie der EU zum Thema Werte in europäischen Bevölkerungen zeigte, dass sich ein Drittel der Befragten als ziemlich rassistisch eingestellt erwies, beziehungsweise, dass ein exorbitant hohes Vertrauen in Institutionen staatlicher Autorität herrscht. Hingegen gibt es gegenüber den Institutionen der demokratischen Willensbildung wie Parlamenten, Parteien und Regierungen einen eklatanten Vertrauensmangel. Aus dieser und ähnliche Umfragen, wie dem European Values Survey lässt sich schließen, dass selbst unter normalen Umständen, die für den Populismus anfällige Wählergruppe, also jene der normalen Pathologie, wesentlich größer zu sein scheint als ursprünglich angenommen.

Bei der aktuellen Form des Populismus handelt es sich vor allem um einen sogenannten exklusiven Ethnopolulismus, also um eine Ethnokratiebewegung, wobei die Forderung nach einer privilegierten Stellung des eigenen Ethnos im Vordergrund steht. Dabei geht es in erster Linie um nicht-materielle Themen wie Identität, Lebenswelt, Sicherheit und ein Recht auf Anders-sein in einer globalisierten Welt. Allerdings werden diese Ziele radikal, absolutistisch und mitunter autoritär verfolgt. Für andere Kulturen und Zuwanderer ist daher kein Platz. Die neuen Bewegungen bilden somit das autoritäre Ende eines postmaterialistischen politischen Spektrums, bei dem auf dem anderen Ende liberale postmaterialistische Bewegungen wie die Grünen stehen. Beiden, den Populisten wie den Umweltparteien, geht es primär nicht um ökonomische Interessen.

Auswirkungen der Krise

Besonders spannend wird es sein, die Auswirkungen der Finanzkrise auf diese Entwicklung zu verfolgen. Bisher war sie al-

Bischof Reinhold Stecher †

■ ERNST WALDSTEIN-WARTENBERG erinnert sich

Es war der 29. September 1991, als ich von einer KAÖ-Konferenz in Innsbruck mit dem Flugzeug nach Wien flog, um an der Bischofsweihe des späteren Kardinals Christoph Schönborn teilzunehmen. In dasselbe Flugzeug stieg aus dem gleichen Grund auch Bischof Reinhold Stecher. Wir saßen nebeneinander und sprachen über die Turbulenzen in der Kirche von Österreich in der Folge der letzten beiden Bischofsnennungen. Als ich ihm sagte: „An der jetzigen misslichen Situation in unserer Kirche sind doch wohl auch unsere Bischöfe nicht ganz unschuldig“, gab er mir recht, wandte aber ein, dass er selbst sich ganz bewusst zurückhalte, weil er in wenigen Jahren die Altersgrenze erreichen werde, und wenn er sich jetzt zu sehr exponiere, würde das dann seine Diözese büßen müssen; erst wenn sein Nachfolger feststünde, werde er sich deutlicher zu Wort melden.

Er hielt Wort und als der Name seines Nachfolgers bekannt wurde, wandte er sich mit ziemlich deutlichen Worten an Rom, vor allem in Bezug auf die Behandlung der um Suspendierung vom Zölibat ansuchenden Priester und auf die Zulassung von wiederverheirateten Geschiedenen zu den Sakramenten. Das brachte ihm die erwarteten Vorwürfe ein, erst jetzt am Ende seines bischöflichen Dienstes mutig geworden zu sein. Er aber hat seiner Diözese damit einen wertvollen Dienst getan ... ■

lerdings eher kein Katalysator für Rechtspopulisten, sondern eine gewisse Bremse, wenn wir an die Entwicklung in Spanien, den Niederlanden und Italien denken. Die Menschen gestehen in der Not den etablierten Kräften NOCH mehr Kompetenz zu, was als Chance verstanden werden darf und vielleicht auch Anlass zur Hoffnung gibt. ■